

Volksstimme

Abonnements:
Monatlich 55 Pfg. ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post be-
zogen bei Selbstabholung viertel-
jährlich Mark 2.10, monatlich
70 Pfg. — Erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main.“
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Inserate:
Die 6 gelbteilte Zeitzeile kostet
15 Pfg., bei Wiederholung Rabatt
nach Tarif. Inserate für die fällige
Nummer müssen bis abends 8 Uhr
in der Expedition Wiesbaden
aufgegeben sein. Schluß der In-
seratennahme in Frankfurt
am Main vormittags 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht Volksstimme adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49 **Wiesbaden** Expedition: Reichstraße 9
Telephon 1025.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., Jäml. in Frankfurt a. M.

Nr. 293. Mittwoch den 16. Dezember 1914. 25. Jahrgang

31000 Russen gefangen.

Belgrad geräumt. — Eine Konferenz der Nordreiche.

Russenrückzug.

Wien, 15. Dez. Amtlich wird verlaut-
bart: Die Offensive unserer Armeen in West-
Galizien hat hier den Feind zum Rück-
zuge gezwungen und auch die russische
Front in Südpolen zum Wanken
gebracht. Unsere den Feind in West-
Galizien von Süden her unermüdlich verfol-
genden Truppen gelangten gestern bis in die
Linie Jaslow-Rajbrot. Bei dieser
Verfolgung und in der letzten Schlacht wur-
den nach den bisherigen Meldungen 31 000
Russen gefangen genommen. Heute
liegen Nachrichten über rückgängige Bewege-
ngen des Gegners an der gesamten Front
Rajbrot-Riesolomice-Wolbrom-Romo-
domsk-Biotrkow vor.

In dem karpathischen Hochge-
birge sind gegen das Vordringen feind-
licher Kräfte in das Latorca-Tal ent-
sprechende Maßnahmen getroffen.

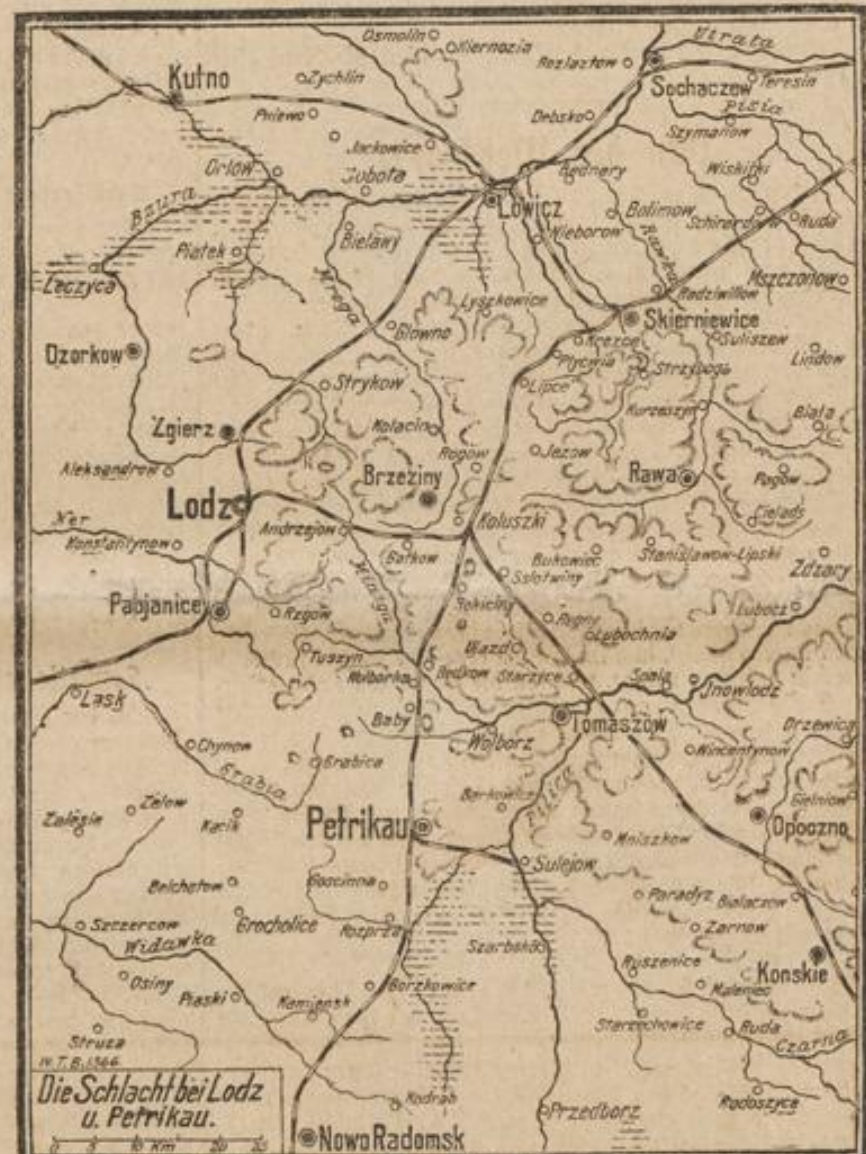
Der Stellvertreter des Chefs des
Generalstabes.
v. Höfer, Generalmajor.

Mit Ausnahme ihrer Flügelstellungen im
Norden an der Grenze Ostpreußens und im
Südosten in Ost-Galizien und den Karpa-
then befinden sich also die Russen überall
auf dem Rückzuge. Das ist strategisch das
Mittlere, was sie tun können, jedes andere Ver-
halten würde ihren völligen Zusammenbruch
bringen. Man kann auch annehmen, daß
dieser Rückzug einigermaßen vorbereitet ist.
Den Verfolgern, den Österreichern wie den
Deutschen, wird die Ausnutzung ihrer Siege
sauer genug werden, denn die Russen finden
beim Rückzug vorbereitete Stellungen und
kommen ihrer Verpflegungsbasis näher,
während die Verbündeten ihren Etappendienst
in dem Land der schauerhaften Straßen ver-
längern und gegen Feldbefestigungen an-
streifend vorgehen müssen. Ob ihnen gelingen
wird, einzelne russische Kampfsgruppen ge-
sondert zum Kampf zu stellen, ist auch noch
ungewiß. Immerhin ist die Aufgabe des

Russenrückzugs ein gewaltiger Erfolg, denn wenn der Rückzug
selber auch von strategischer Einsicht zeugt, so ist die Einsicht
den Russen doch eingehämmert worden und der Rückzug er-
folgt unter Bedingungen, die alles andere als günstig sind.
Der Kampfgeist der Russen muß unglücklich zermürbt sein,
sonst würden nicht Zehntausende auf einmal gefangen werden.
Daher ist unwahrscheinlich, daß eine Stellungnahme in den
Feldbefestigungen eine wesentliche Stärkung der kämpfenden
Truppe bedeutet. Hinter die Weichsel und in den Schütz der
Hochungen zu kommen, um dort die zerrissenen Verbände wie-
der zusammenzufügen, muß das Bemühen der russischen
Armeen sein. Bis es dahin kommt, werden sie voraussichtlich
noch erhebliche Verluste erleiden.

Ueber die jüngsten Vorgänge urteilt Major Morath im
„Berl. Z.“: Die Nachricht von der österreichisch-ungarischen
Offensive, die in Westgalizien in Fluß geblieben ist, hat eine
weittragende Bedeutung. Sie bestätigt uns die Stohkraft
des österreichisch-ungarischen Heeres und sie beweist aufs neue
die Einheitlichkeit der operativen Gesamtanordnungen im
Osten. Das Vordringen der Österreicher und Ungarn in
Westgalizien, das die russische Front in Polen ins Wanken
gebracht hat, wird wiederum auch auf die österreichisch-ungari-
sche Front von Südpolen bis zu den Karpathen einen ent-
scheidenden Einfluß ausüben und ebenso sich zugunsten der deut-
schen Fronten entwickeln, welche mit der ersten und zweiten
Armee und den sonst noch herangezogenen Ersatzarmeen der
Russen im Raume Biotrkow-Lowicz in schwerem Kampfe
liegen.

Eine Petersburger Meldung des „Corriere della Sera“
gibt folgende russische Presseäußerung wieder: Lowicz ist ein
Anknotenpunkt von vier Eisenbahnlinien und fünf Hauptstraßen.
Deshalb würde der Besitz von Lowicz für die Deutschen
die Möglichkeit bieten, sich der Bahnlinien Lowicz-Thorn und
Lowicz-Lodz zu bedienen. Die letztere Linie wäre für die
Deutschen von größtem Wert, da sie Lodz bereits genommen
haben. Auch öffnet diese Linien mit derjenigen nach
Sterniewice den Durchgang über die Strecke Warschau-Wien.



Der Kriegsberichterstatter der „Kosmo Bremen“ meldet,
wie man über Bukarest erfährt, aus Rußisch-Polen, daß der
russische Angriff in Polen vollkommen gescheitert ist. Die
russischen Truppen befinden sich in einer äußerst kriti-
schen Lage, und dies sei der ungeheuren Mühe und Stoh-
kraft des Hindenburgschen Vorstoßes zuzuschreiben. Die Ver-
pflanzung der russischen Truppen bereite ungeheure und un-
überwindliche Schwierigkeiten, da die Truppen von den deut-
schen östlich und westlich bedroht werden. Nur eine verzwei-
felte und ungeübte Kraftanstrengung oder der völlige Rück-
zug könne die Russen aus dieser Lage retten. Auf jeden Fall
aber wird es den Russen sehr große Opfer kosten.

Nach Depeschen aus Petersburg beträgt die Bevölke-
rung von Warschau höchstens noch 80 000 bis 100 000
Mann. Es sind nur die Allerärmsten. Die wohlhabenden
Kreise, die teilweise wieder zurückgekehrt waren, sind nach dem
Sturz von Lodz und dem Wiederauftauchen eines Zepelins
über Warschau am 7. Dezember wieder geflüchtet, und zwar
hauptsächlich nach Moskau.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 15. Dez., vormittags.
(W. V. Amtlich.) Die Franzosen griffen gestern an mehreren
Stellen vergeblich an.

Ein Angriff gegen unsere Stellungen südöstlich
Nepern brach unter starken Verlusten für den Gegner zu-
sammen.

Ein feindlicher Vorstoß aus der Gegend nordöstlich
Suippes wurde ebenso wie ein feindlicher Angriff nord-
östlich Ornes (nördlich Verdun) unter schweren feind-
lichen Verlusten abgewiesen.

An der Gegend von Nij y-Apremont (südlich
St. Mihiel) versuchten die Franzosen in viermaligem An-
sturm unsere Stellungen zu nehmen; die Angriffe scheiterten.
Ebenso mißlang ein erneuter feindlicher Vorstoß aus der
Richtung Flixes (nördlich Toul).

In den Vogesen sind die Kämpfe noch im Gange. Bei
der Rückeroberung des Dorfes Steinbach (westlich Senn-
heim) machten wir 300 Gefangene.

Aus Südpolen nichts Neues. Die deutsche, von
Soldaten über Mlawka in Richtung Gischanow vorgedruckene
Kolonne nimmt vor überlegenem Feind ihre alte Stellung
wieder ein.

In Rußisch-Polen hat sich nichts Wesentliches er-
eignet. Die ungünstige Witterung beeinflusst unsere Maß-
nahmen.
Oberste Heeresleitung.

Belgrad aufgegeben.

Wien, 15. Dez. Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amt-
lich gemeldet: Die durch das notwendig gewordene Zurück-
nehmen des eigenen rechten Flügels geplatzte operative
Lage ließ es ratfam erscheinen, auch Belgrad zunächst
aufzugeben. Die Stadt wurde kampfslos ge-
räumt. Die Truppen haben durch die überstandenen Strö-
pungen und Kämpfe wohl gelitten, sind aber vom besten Geiste
begeistert.

Russisch-polnische Wirtschaftsfragen.

Im vorliegenden Heft des „Grenzboten“ macht George Kleinow
den interessanten und denkwürdigen Versuch, das oft erörterte
russische Problem von diesem ganz neuen wirtschaftspolitischen
Standpunkt aus darzulegen.

Das europäische Ausland besteht aus drei wirtschaftsgeo-
graphisch aus dem völlig in sich abgeschlossenen und zu selbständiger
Entwicklung befähigten Gebieten: Westasien (das Stromgebiet
der Wolga), Südrußland (Ukraine, Stromgebiet des Don, Dnepr
und Dniester) und das Nordwestgebiet (Polen, Litauen, die balti-
schen Provinzen mit dem Anhangsel Finnland, die Stromgebiete
der Weichsel, des Njemen und der Düna). Diese drei Wirtschafts-
gebiete werden zusammengehalten durch eine großartige, rücksichts-
lose Finanz- und Eisenbahnpolitik, die, unter dem Namen des
Sanktions Bunde, von dem berühmten russischen Finanzminister
Wissnegradski ins Leben gerufen wurde, und die, alle natürlichen
Elemente des Zusammenhanges zerstörend, Hand in Hand geht
mit einer brutalen Unterdrückung der Selbstverwaltung, besonders
in dem südlichen und nordwestlichen Teil, und die parallel geht mit
einer an das Mittelalter erinnernden Nationalitätens- und
Wohnungspolitik gegen die den Süden und Nordwesten des Reiches
bewohnenden Deutschen, Juden, Esten, Letten, Finnen, Polen und
Ukrainer.

Die Petersburger Regierung spekuliert dabei auf eine natür-
liche Habitus ungebildeter Völker und hat sich darin nicht ge-
irrt. Die national-kulturellen Elemente sind neben den rein
wirtschaftlichen Gesichtspunkten so in den Hintergrund getreten,
daß die russische Regierung bei Kriegsausbruch eine nationale Er-
hebung nirgend im Reich zu fürchten hatte, sich vielmehr höchstens
vor sozialistischen Angriffen hüten mußte. Wir hören infolgedessen
wiederholt seit Beginn der großen Mobilmachung in Rußland von
Verhaftungen sozialistischer Politiker und deren Verurteilung ins
Zinnere, nicht aber nationalistische.

Träger des großrussisch-moskowitzischen Staatsgedankens ist
aber in diesem Zusammenhang nicht etwa die wirtschaftliche Tüch-
tigkeit der Moskowiter, die den Grenzländern große Vorteile böte,
sondern einzig und allein die Macht des internationalen Groß-
kapitals, das, über Moskau nach Petersburg geleitet, hinter den
Ministern für Finanz, Handel und Verkehr, für Armee und Ma-
rine steht, und das auch in seiner französisch-englisch-belgischen
Verbindung den Ausbruch dieses Krieges betrieben hat. Wir müssen
uns dessen erinnern, daß die gesamte Großindustrie mit alleiniger
Ausnahme der elektrischen, die vorwiegend auf deutschem Kapital
beruht, durch französisches und belgisches Geld finanziert ist, und
daß die Finanzgruppen, die hinter den zahlreichen socialistes anony-
mes in Rußland stehen, im wesentlichen dieselben sind, die die
russischen Auslandsanleihen besorgen. Das gilt für die Grund-
gesellschaften im polnischen Kohlengebiet von Dombrowa ebenso,
wie für die Hütten in Tula und die Erzgruben von Taganrog,
Neftekumsk, für Waggonfabriken und Schiffschmieden, Jement,
landwirtschaftliche Maschinen, Zuckerfabriken, Elevatoren und an-
dere mehr. Und wenn neben diesen die in deutschem Besitz be-
findlichen, wenig zahlreichen Fabriken doch eine so große Rolle
spielen können, so liegt das an der Tüchtigkeit ihrer Leiter, ihrer
Zuverlässigkeit und anderen moralischen Faktoren, über die die
belgische und französische Konkurrenz nicht verfügt. Eine Aus-
nahmeerscheinung in diesem Bilde ist das Industriegebiet von
Lodz, das aus deutscher Arbeit in kaum hundert Jahren heraus-
gewachsen ist und demgemäß auch härter mit dem deutschen Kapi-
talmarkt verbunden ist, als die übrigen Bezirke. Für die von
uns verfolgte These ist dieser Umstand aber ohne Bedeutung;
denn den großen Manufakturen von Lodz stehen ebensolche in
Moskau gegenüber, die den Einfluß der deutschen schon jetzt in
sich wachsendem Maße paralysieren und die bei einem Siege Ruß-
lands über Deutschland und der Verleihung einer Autonomie an
Polen einfach kaputt gegangen wären.

Daraus zieht Kleinow den Schluß, daß es, da die Polen sich
auf Rußlands Seite gestellt haben, für uns Deutsche in erster
Linie darauf ankommt, die ungeschützte Östgrenze des Reiches
sicherzustellen und die zwei Millionen unserer in Rußland leben-
den Bondskleute vor ihrer endgültigen Russifizierung zu bewahren.

Der russische Nimmerjatt.

Deutschland führt gegenwärtig Krieg gegen die beiden größten Reiche, die die Welt jemals gekannt hat. Weder Alexanders Weltmacht, noch das römische Imperium, noch das Reich Karls des Großen, noch das Karls V. geboten über eine Fläche, die den jetzigen des heutigen Russland und England gleichkommt. Dabei übertrifft das britische Weltreich das russische an Flächeninhalt noch um ein Drittel. Während aber Englands Hauptlandbesitz in überseeischen Kolonien besteht und sein europäisches Territorium verhältnismäßig klein ist, bildet der russische Koloss eine einzige ungeheure zusammenhängende Fläche, ein einziges Reich.

Natürlich ist auch dieses Reich durch Eroberungen zustande gekommen. In welchem Tempo der russische Nimmerjatt sich dabei groß „gefressen“ hat, darüber finden wir eine recht interessante Aufzählung in dem Buche des Dr. Ernst Schulze in der „Mensch“. Um das Jahr 1500 war das damalige Großfürstentum Moskau noch ein kontinentaler Staat von verhältnismäßig bescheidenem Umfange, der nur an einer Stelle, bei Kownogorod, das Weiße Meer berührte. Das Gebiet des Zarenreiches umfaßte dann beim Tode Iwan III. (1505) 2,3 Millionen Quadratkilometer, beim Tode Peters (1725) 15,5 Millionen Quadratkilometer, beim Tode Alexander I. (1825) 20,2 Millionen Quadratkilometer, 1914 23,9 Millionen Quadratkilometer.

Die gesamte Gebietsfläche des Reiches hat sich also in diesen vier Jahrhunderten genau verdreifacht. Allein in der Eroberungsperiode von 1825 bis 1890 hatte Russland einen jährlichen Gebietszuwachs von 55 000 Quadratkilometer, das ist fast die vierfache Größe des Königreichs Sachsen. Dabei fällt in diese Periode die Abtretung Alaska, das 1867 an die Vereinigten Staaten für 7,2 Millionen Dollars verkauft wurde. Dieses Land bedeckt eine Fläche von 1,4 Millionen Quadratkilometer. Um so viel ist also der Betrag der tatsächlichen Eroberungen noch größer.

Jammerhin hat sich das Eroberungstempo im letzten Jahrhundert etwas verlangsamt, da neue Gebiete eben nur in weiterer Entfernung vom Zentrum des Reiches zu erobern sind. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten ist, nachdem die Casenländer Mittelasiens der letzte Biß waren, kein neues Land dazu gekommen. Ein für Russland günstiger Ausgang des jetzigen Krieges würde das natürlich mit einem Schloß ändern und dem russischen Weltreich wieder neue Gebietszuwächse, vor allem auf Kosten der Türkei und Österreich-Ungarns, wahrscheinlich aber auch auf Kosten Deutschlands bringen.

Gewandt sei noch, daß die Bevölkerung Russlands sich von 1792 bis 1908 von 14 auf 155 Millionen Seelen vermehrte.

Russisches Gewaltregiment.

Wien, 15. Dez. Nach einer der „Politischen Korrespondenzen“ aus Bukarest zugehenden Mitteilung berichten aus Russland dort eingetroffene Reisende, daß nicht nur die Führer der sozialistischen, sondern auch überhaupt alle radikalen Mitglieder der Duma verhaftet worden sind.

Das Stockholmer „Dagblad“ bringt Einzelheiten über den Umfang der in Petersburg aufgedeckten Verschwörung, welche die Verhängung des verschärften Kriegszustandes über Petersburg zur Folge hatte. Die Petersburger Universität, sowie alle anderen Hochschulen sind polizeilich geschlossen worden.

Dieser Tage fällt die Moskauer Gerichtskammer ein Urteil im Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder des Moskauer Buchdruckerverbandes, die im Januar d. J. anlässlich einer Sitzung in den Räumen des Verbandes verhaftet und der Zugehörigkeit zur Moskauer Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands angeklagt wurden. Insgesamt waren 8 Personen angeklagt, darunter die Genossen A. Kowoschilow und B. Muratow, die bei den letzten Duma-Wahlen zu Wahlmännern gewählt worden waren. Als „Beweismaterial“ figurierten — Flugblätter über den Blutsonntag von 1905 und über Fragen der Arbeiterversicherung, die angeblich in den Räumen des Buchdruckerverbandes und in den Wohnungen der Verhafteten gefunden wurden.

Das Gericht fällt gegen die Angeklagten folgendes Urteil: Genosse Kowoschilow erhielt 6 Jahre und Genosse Muratow 4 Jahre Zwangsarbeit, verbunden mit dem Verlust aller Rechte (offenbar erhielten die beiden die härtesten Strafen, weil sie Arbeiterwahlmänner waren). Zwei Angeklagte wurden zu lebenslänglicher Deportation, zwei zu je 3 Jahren und einer zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt.

Die ungeheure Härte dieses Urteils erklärt sich offenbar daraus, daß die russische Regierung sich zur Aufgabe gestellt hat, die Arbeiterbewegung mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Feuilleton.

Das neue Brüssel.

Brüssel, den 6. Dezember 1914.

Daß Brüssel bei einer zweiten Reise nach dem Westen nennenswerte neue Eindrücke bieten werde, schien mir vor dem Antritt der Fahrt einigermaßen zweifelhaft. Jetzt ist es mir ganz recht, daß der Weg noch einmal über Belgiens Hauptstadt führte. Wenige Wochen haben ausgereicht, um wesentliche Änderungen im Gepräge der Stadt herbeizuführen. Die Bevölkerung hat allmählich begonnen, sich den Verhältnissen anzupassen, die durch die Okkupation hervorgerufen worden sind.

In den Straßen, auf denen sich der Hauptverkehr abspielt, herrscht, wie es bei einer Großstadt selbstverständlich ist, reges Leben. Aber die Menschenmassen sind etwas weniger dicht, als es zu der Zeit der Fall war, wo von Antwerpen her der Donner der Belagerungsgeschütze dröhnte. Damals füllten auch Arbeiter, da fast alle Geschäfte ruhten, die Bürgersteige, und wenn schon alles ruhig abging, füllte man doch förmlich, wie gespannt und gereizt die Gemüter waren. Auf eine Befreiung der Stadt durch einrückende belgische oder siegreiche französische Truppen wurde fast täglich gehofft. Daß ein solcher Umwandlung der Dinge jetzt in weiter Ferne liegt, muß nachherade auch der hoffnungs- freudigste Patriot eingesehen haben.

Zuerst haben sich die Inhaber der Läden an den Hauptstraßen den veränderten Verhältnissen angepaßt. Die in der Stadt liegenden und durchkommenden Truppen haben sich als gute Käufer erwiesen. Alles, was der Soldat und der Offizier brauchen kann, ist in den Schaufenstern ausgestellt worden. Besonders mit Fußbekleidung, Ledermänteln und Wollschuhen wird ein flottes Geschäft gemacht. In den Bavierhandlungen drängen an den sichtbarsten Stellen zwar noch immer Bilder der belgischen Königsfamilie, Abbildungen belgischer und französischer Truppen, denen sich in letzter Zeit solche der englischen Soldaten hinzugesellt haben, doch sind auch schon deutsche Soldatenbilder zu haben. An Stelle der Bildnisse des in Deutschland gefangenegehaltenen Bürgermeisters Rog

Die nationale Begeisterung der Bourgeoisie und die durch den Krieg bewirkte unbegrenzte Machtstellung der Regierung geben hier der Mut, mit noch größerer Festigkeit als vor dem Kriege gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen.

Ein nordischer Dreiverband?

Die Kriegsnot führt die drei skandinavischen Reiche, die in alter und neuer Zeit oft miteinander Fehde hatten, zu gemeinsamem Wirken zusammen. Die Könige von Schweden, Norwegen und Dänemark und die Minister der Äußeren der drei Länder werden am 18. Dezember in Malmö zusammenkommen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Kriegszustand für die drei Länder mit sich bringt, zu begrenzen und zu heben. Nordische Blätter bemerken dazu, es könne als sicher angesehen werden, daß bei dieser Zusammenkunft keine Abmachungen getroffen, oder auch nur Verhandlungen gepflogen werden, die Fragen weitreichender politischer Natur zum Gegenstand haben. Es sei durchaus nicht berechtigt, zu glauben, daß damit eine neue Richtung in der nordischen Politik begonnen werde, geschweige denn, irgend einen Gedanken zu nähren über die Bildung einer nordischen Triple-Entente.

Das mag formell zutreffen, aber gemeinsame Aufgaben wirtschaftlicher Natur bringen die Staaten von selbst einander näher und das wirkt auf ihre politische Haltung ein. Englands Willkür gegen die Schifffahrt der Neutralen hat die nordischen Reiche zusammengeführt; zu den Schäden, die diese Willkür ihrer Volkswirtschaft zufügte, kamen neuerdings russische Maßnahmen dazu, hinter denen wohl auch England steht. Russland verbot unter anderem die Ausfuhr von Butter, Eiern, Schafffleisch, Gänsen und Hühnern nach Dänemark. Es schädigt damit seine eigene Volkswirtschaft schwer. Das Verbot ist angeblich nur der Befürchtung entsprungen, daß Deutschland über Dänemark versorgt werde. Aber von selbst wäre Russland nicht darauf gekommen, es würde von seinem Ueberfluß vielleicht gern direkt nach Deutschland liefern, denn Geld braucht Russland für seine Kriegsführung nötiger als Butter und Eier, Gänse und Hühner.

Jedenfalls ist's durchaus willkommen, daß die Neutralen sich rühren!

Von der Westfront.

In den deutschen Tagesberichten der letzten Zeit häufen sich die Meldungen von versuchten, aber immer abgeschlagenen französischen Angriffen auf die deutsche Westfront vom Armentières bis nach Ypern hinauf. Die französischen Bulletins berichten nicht mit gleicher Häufigkeit über diese Aktion. Das kann sich erklären daraus, daß man offiziell überhaupt nicht gern Mißerfolge zugibt. Es kann aber auch damit zusammenhängen, daß unsere Gegner von einem umfassenden Angriffsplan auf der Westfront nicht sprechen, und ihn desto energischer durchzuführen wollen. Das Geheimnis, in das bei diesem Krieg noch mehr als früher alle Teile ihre Bewegungen hüllen, läßt jede mögliche Deutung zu. Jedenfalls können auch die französischen Tagesberichte von irgendwie nennenswerten Erfolgen nichts erzählen und die etwaige Rechnung französischer Strategen, für die ungleichen Kämpfe in Russland hätten die deutschen Linien im Westen zu sehr geschwächt werden müssen, wird von der rauhen Wirklichkeit nicht bestätigt. Unsere sozialistischen Wünsche gingen freilich dahin, daß im Westen eine Art Waffenstillstand allgemein gehalten würde, wie ihn die Vorposten und vordersten Schützengräben an einzelnen Stellen zu bestimmten Zeiten schließen. Wenn Russland inzwischen auf den politischen Schlachtfeldern von der Meisterhand Hindenburgs zu dem Anerkenntnis gezwungen wird, daß die deutschen Grenzen für seine Truppen immer unerreicher werden, so wäre der Augenblick für Frankreich gekommen, auch seinerseits die Kolgerungen aus dieser Tatsache ziehen zu können und aufzuheben, sich die Stirne an den deutschen Stellungen blutig zu reiben. Aber freilich — was fragen Kämpfende nach solchen guten Wünschen!

Der italienische Generalmajor Gatti erklärt im „Corriere della Sera“, die Offensivkraft der Franzosen

und Engländer reiche zu einem kräftigen Vorstoß nicht mehr aus. Falls den Deutschen im Osten der entscheidende Schlag gelänge, würde die deutsche Armee im Westen auch sofort mehr Beweglichkeit gewinnen. Das russische Heer befindet sich in der Defensive. Seine zahlenmäßige Ueberlegenheit gegenüber Deutschland und Österreich sei bedeutend vermindert.

Die gestrigen Kämpfe.

Das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Eluis: Die Geschütze in der Gegend von Ypern waren gestern den ganzen Morgen in Tätigkeit. Unausgesetzt dringt der schwere Donner der Kanonen hierher. „Daily Chronicle“ meldet, daß die Deutschen gestern Bourne beschossen. Einige Bürger verließen aus Vorsicht die Stadt und dadurch wurde die Bevölkerung erschreckt, und es fing bald ein großer Auszug der Einwohner an, der aufhörte, als die deutsche Aktion nachließ. Nach der „Morning Post“ ist in den letzten Wochen bei Ypern an der Aa fast ununterbrochen gekämpft worden. Der Druck der Deutschen sei dort sehr kräftig und es sei für die Franzosen schwierig, die Stellung zu halten. Die Verteidigung habe viele Opfer gekostet, aber die Stellung müsse behauptet werden, weil sie eine gute Basis für einen Aufmarsch nach Norden sei.

Die Ausdehnung des Kampfgebietes.

Der Pariser „Matin“ macht nähere Angaben über die Ausdehnung der französischen Front von Armentières und dem Col St. Marie in den Vogesen, die in der Luftlinie eine Länge von 440 Kilometern haben soll. Das von den deutschen Truppen besetzte französische Gebiet sei 20 100 Quadratkilometer groß, von den belgischen 29 450 Quadratkilometern seien nur 40 noch nicht von den deutschen Truppen besetzt.

Die Waffenruhe zu Weihnachten.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Anregung des Papstes, eine kurze Waffenruhe über Weihnachten herbeizuführen, fiel bei der Mehrheit der kriegsführenden Mächte auf einen günstigen Boden. Besonders äußerten sich Deutschland und Österreich-Ungarn sofort zustimmend. Auch die Türkei war bereit, dem Wunsche der Kurie Rechnung zu tragen. Der Widerspruch gegen die päpstliche Anregung ging von Russland und Frankreich aus, die bestimmt ablehnten, auf den Vorschlag einzugehen.

Schwierigkeiten der französischen Rekrutierung.

Der französische Kriegsminister will nach dänischen Meldungen ein Gesetz vorlegen, wonach jeder wehrfähige Franzose zwischen 18 und 52 Jahren dienstsichtig ist. Die letzten Anordnungen der Regierung bezüglich der Einstellung der früher zurückgestellten Mannschaften scheinen in Frankreich Widerspruch zu finden. „Guerre Sociale“ veröffentlicht die Forderung eines Majors, in der erklärt wird, daß eine große Zahl verspätet Eingestellter den körperlichen Anstrengungen nicht gewachsen und infolge schwächerer Konstitution der Aufstellung durch Tuberkulose und ähnlichen Krankheiten leicht angesetzt sei und somit einen Unruheherd für ganze Garnisonen bildet. Diese Mannschaften werden die Garnisonen nicht verlassen, sie werden niederbrechen, bevor ihre Ausbildung beendet ist und werden die Spitäler füllen. Wäre es nicht besser, sie nicht einzustellen, da sie die Armee nicht stärken, sondern nur schwächen können?

Sensationspresse und Zensur in Frankreich.

In der „Humanité“ vom 4. Dezember liest man: „Haben Sie vom großen russischen Sieg gelesen?“ — „Gewiß! Die deutsche Armee wird einer vollständigen Vernichtung nicht entgehen.“ — „Der Einfall in Preußen ist jetzt sicher. Es ist eine neue Phase des Krieges. In Wäde wird an beiden Seiten der Sieg vollkommen sein!“ — Derartige Gespräche hörte man seit einigen Tagen überall. Pariser und Franzosen aller Landesteile erfreuten sich beim Gedanken, daß eine große deutsche Niederlage in Rußland-Polen die Ereignisse beschleunigen würde. Jetzt aber ist jedermann dazu gezwungen, festzustellen, daß, wenn auch die russischen Armeen mutig und geschickt kämpfen und sich eine Stellung haben halten können, sie nicht den großen Sieg erringen haben, den man ankündigt.

ist jetzt das des französischen Generalissimus Joffre getreten. Häufig sind Bilder von den belgischen Kriegsgefangenen im Münsterlager zu sehen, die ganz vergnügt zu sein scheinen.

Die Schwierigkeiten wegen der für die ausreichende Ernährung der Bevölkerung heranzuschaffenden Nahrungsmittel sind in der Hauptstadt überwunden worden. Getreide ist besonders über Holland eingeführt worden. In den Restaurants gibt es statt des früheren üblichen Weizenbrotes ein recht schmackhaftes dunkles Brot. Die Fleischportionen sind für den gleichen Geldbetrag reichlicher als in Deutschland.

Zur Zeit der größten Arbeitslosigkeit sind viele Tausende von Brüssellern von der Gemeindeverwaltung und Hilfsorganisationen gespeist worden. Eine große Anzahl von Arbeitern glaubte, aus Nationalgefühl die Arbeit ruhen lassen zu müssen, solange deutsches Regiment in Belgien bestesse. Durch öffentlichen Anschlag hat schließlich der Gouverneur von Brüssel angeordnet, daß er zwar weiter bemüht sein werde, die Ernährung der Bevölkerung der Stadt sicher zu stellen, aber von den Gemeindeverwaltungen seines Nachbarrreiches fordere, daß die Speisung derjenigen Personen von nun an unterbleibe, die, trotzdem es ihnen an Arbeitsgelegenheit nicht fehle, lediglich zum Zweck der Demonstration untätig blieben. Wie weit diese Anordnung gewirkt hat, ist schwer festzustellen. Tatsache ist aber, daß begonnen wird, die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch weniger Arbeiter bei Tage auf der Straße zu sehen sind. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit wird es noch eine ganze Weile in größerem Umfange geben, denn die Unternehmer leiden an Geldmangel, und die Zufuhr von Rohstoffen sowie der Warenabfluß sind außerordentlich stark gehindert. In den Hilfsmaßnahmen, die von der deutschen Verwaltung getroffen worden sind, gehört auch ein weitestgehender Schutz der Mieter vor unerfüllbaren Ansprüchen der Hauswirte, der ebenfalls durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben worden ist.

Der Flüchtling im Koffer.

Aus London wird gemeldet: Ein Deutscher namens Otto Koch, der versuchte, in einem Koffer aus England zu entkommen, wurde bei der Einfuhr in Tilbury auf einem Dampfer der Batavia-Linie entdeckt. Er wurde nach dem

Konzentrationslager in Dordrecht gebracht. Es heißt, daß Koch ein Offizier der deutschen Handelsmarine ist.

Die „Times“ schildern den Fluchtversuch so: Der Koffer wurde mit dem übrigen Gepäc der Fremden übergeführt, die aus dem Konzentrationslager Dordrecht entlassen worden waren. Diese Leute hatten alle das dienstpflichtige Alter überschritten und wurden unter militärischer Bedeckung nach Tilbury geschickt, um von dort mit dem holländischen Schiff „Batavia“ nach Rotterdam übergeführt zu werden, von wo sie die Möglichkeit haben sollten, nach Deutschland zurückzukehren. Vor dem Bahnhof in Tilbury wurden sie an Bord des Schiffes durch das Transportschiff „Guthrie“ gebracht. Erst bei der Ueberführung der Koffer trat die merkwürdige Entdeckung zutage. Nichts an dem Koffer erregte Verdacht; es war einer jener gewöhnlichen, für den Versand von Streichhölzern benutzter Koffer. Er trug die Aufschrift: „Non-polluous Safety Matches“. Er hatte auch die vorchriftsmäßige Größe und war mit einem billigen Öhngeschloß versehen. Der Koffer wurde mit dem übrigen Gepäc in den Güterwagen bis nach dem Bahnhof Tilbury verladen und dann auf dem Transport heruntergepackt, wo er etwa 6 Fuß tief herunterfiel. Man sah, wie der Koffer bei dieser Behandlung sich überfüllt und sehr heftig auf den Boden aufschlug; aber kein Laut drückte, daß in dem Koffer ein lebendes Wesen sei. Auf dem Transporthof wurde eine Menge anderer Gepäckstücke auf den Koffer gestellt, und das blieb so, bis man die „Batavia“ erreichte. Zwei Arbeiter zogen ihn nun auf die „Batavia“. Bei dieser Gelegenheit ging der Koffer auseinander, und zum großen Erstaunen der Arbeiter kamen der Kopf und ein Arm eines Mannes zum Vorschein. Er wurde rasch herausgenommen und aus der Lage befreit, in der er so viele Stunden zugebracht hatte. Er konnte nicht mehr stehen und war vollständig erschöpft. Es dauerte einige Zeit, bis er wieder imstande war, zu reden. Der Kapitän stellte sofort eine Untersuchung an, und der Flüchtling gab an, Otto Koch zu heißen. Er habe sich auf der „Batavia“ eingeschifft, um von Amerika aus nach seinem Regiment in Deutschland zurückzukehren, wo er Leutnant sei. Das Schiff wurde unterwegs angehalten und nach Southampton gebracht, von wo er als Gefangener nach Dordrecht transportiert wurde. Er hatte 15 Stunden im Koffer zugebracht. Der Kapitän nahm den Flüchtling wieder an Bord des Transportschiffes und übergab ihn der Polizei. Eine Untersuchung des Koffers stellte fest, daß sich darin zwei mit Wasser gefüllte Flaschen befanden, eine Flasche mit Fleischextrakt und etwa ein Duzend Bonanen. Die zwei Ecken des Koffers waren mit Schlingen ver-

Die öffentliche Meinung wurde also irreführend. Von der russischen Regierung? Keineswegs! Es ist eine offizielle Mitteilung aus Petrograd, die zuerst mißtrauisch machte gegenüber den Uebertreibungen der „privaten Korrespondenzen“. Und vorgestern war es eine neue offizielle Depesche, die die „deutsche Offensive in Polen“ ankündigte. Es sind also die Tagesblätter, die gelogen haben! Es sind immer dieselben, diejenigen, die schon in Friedenszeiten sich aus der Vaterlandsliebe ein Postament machten und die in den schrecklichen Verhältnissen, in welchen wir uns befinden, fortfahren, mit den nationalen Gefühlen zu spielen. Unter ihnen hat sich, wie immer, der „Matin“ hervorgetan. Das Blatt, das in den ersten Kriegstagen erschien mit der Aufschrift: „Die Russen sind noch fünf Tagesmärsche von Berlin!“, sagte uns vorgestern mit derselben Unverfrorenheit: „Die deutsche Armee ist verloren; alles wird festgenommen oder getötet werden!“

Das ruhige, entschlossene französische Volk verdient die Beleidigung nicht, die ihm angetan wird von denjenigen, die spekulieren auf die ersten Reaktionen seiner Vaterlandsliebe. Gewiß, wir sind Geaner der Zensur; wir verurteilen sie prinzipiell. Aber es ist ein trauriger Gedanke, daß Ausfälle guter Bürger von der Zensur verschüttet werden, weil sie in loyaler Weise den kriegsärztlichen Dienst kritisierten, während falsche, frei erfundene Nachrichten mit großem Lärm ins Publikum geworfen werden können, um es erst in fieberhafte Stimmung zu bringen und dann zu entmutigen.

Soweit die Bemerkungen der „Humanität“, denen wir aber hinzufügen müssen, daß seit einigen Wochen die Zensur in Frankreich beträchtlich nachgelassen hat und das Erscheinen weißer Stellen in den Zeitungen jetzt ebenso selten ist, als es vorher häufig war. Sicher aber ist es, daß die Zensur sonderbare Blüten zeitigt. So teilt die „Humanität“ vom 7. Dezember die Verhaftung der fünf sozialistischen Dumamitglieder mit, unter der Bemerkung, sie hätte diese Nachricht schon vor einer Woche bringen können, die Zensur habe sich dem aber widersetzt.

Kanada als englisches Truppenreservoir.

Der englische Staatssekretär der Kolonien erhielt eine offizielle Erklärung des kanadischen Premierministers Borden, die besagt: Am 19. Oktober wurde von dem Premierminister eine offizielle Erklärung über die Verteidigung Kanadas gegen eventuelle Einfälle (!!) und Angriffe (!), über die Organisation, Ausbildung, Ausrüstung und Abfindung des Expeditionskorps abgegeben.

Damals wurde vorgesehen, ungefähr 8000 Mann Miliz für die Garnisonen und Grenzposten in Kanada unter den Waffen zu halten, 30 000 Mann sofort zu rekrutieren und auszubilden, in Abteilungen von 10 000 Mann über See zu schicken, sowie ferner, daß die ausziehenden 30 000 Mann sofort durch die gleiche Zahl ersetzt würden. Inzwischen trafen von dem Kriegsamt in London Mitteilungen ein, die für das zweite Expeditionskorps folgende Zusammenfassung vorschlügen: 17 000 Offiziere und Mannschaften, 4765 Pferde, 58 Feldgeschütze und 16 Maschinengewehre. Diese Truppe schließt Infanterie, Artillerie, technische Abteilungen, Signal- und Nachrichten-Kompanien, Train, Feldambulanz, Munitionspark, Reservatpark usw. ein. Dieses Korps wird so schnell wie möglich ausgerüstet werden. Zwei Infanterie-Brigaden werden in Kürze fertig sein, falls das Kriegsamt sie braucht. Geschütze werden bei der britischen Regierung für Nachrüstung der kanadischen Regierung gemacht werden. Inzwischen werden Feldartillerie-Abteilungen mit zwölfpfündern, wie sie im Burenkrieg benutzt wurden, ausgebildet werden. Der Premierminister hatte mehrere Konferenzen mit dem Milizminister und dem Generalstabschef über die Anzahl der Menschen, die zur Verfügung gestellt werden können, wodurch sich die gesamte kanadische Streitmacht auf 91 000 belaufen würde. Sobald ein zweites Kontingent abgeht, werden 17 000 rekrutiert werden, wodurch die Gesamtzahl auf 108 000 Mann steigt. In den westlichen Provinzen ist eine große Zahl guter Reiter zur Verfügung. Die jüngsten Nachrichten der britischen Regierung lassen hoffen, daß diese Männer bald auf dem Kriegsschauplatz verwendet werden können. Die Beschaffung der Waffen und der Ausrüstung ist die schwierigste Frage. Die kanadische Regierung arbeitet jedoch hierin mit der britischen Regierung erfolgreich zusammen.

Ob die Kanadier wirklich gar nicht erwarten können, bis sie für englische Geschäfte ins Feuer geschickt werden, und ob

sehen, um die Arme darin festzuhalten. Eine dieser Schlingen war gerissen, in der anderen hatte der Flüchtling noch seinen Arm, als die Entdeckung erfolgte. Am meisten überraschte ein mit Sauerstoff gefülltes Raufschußfäß, das offenbar dazu dienen sollte, die Luft in dem kleinen Raum des Koffers zu ersetzen.

Rekrutierung mit Hindernissen.

Der „Forward“, das Wochenblatt der Sozialisten in Glasgow, erzählt eine hübsche Geschichte über eine Rekrutierungsversammlung, die kürzlich in Inverkeithing in der schottischen Grafschaft Fife stattfand. Ein bekannter Gewerkschafts- und Sozialist, Lord Barrow, sprach recht lange über die Notwendigkeit, Deutschland niederzuwerfen. Sein Vortrag fand natürlich ungeheuren Beifall, ganz besonders aber seitens der vielen kleinen Geschäftseleute, die man vorsichtigerweise um die Rednerbühne herum gruppiert hatte. Als der Redner seinen Vortrag, indem er sich eigentlich nur mit dem niederrädrigen Deutschland befaßte, beendete hatte, meldete sich ein junger Sozialist, „um eine Frage zu stellen“.

Der Vorsitzende, Herr Robert Moncrieff, ein anderer Kunter, aber schlichter mit dem Kopfe, denn Leute seines Schlages sind nicht gerne gewagt, fragte gewöhnlicher Sprechweise: „Als der junge Mann aber erklärte, daß er möglicherweise sich als Freiwilliger melden und als solcher eine Frage stellen wolle, gab der Versammlungsleiter nach. Die Frage des jungen Sozialisten aber wuchs sich zu einer Gegenrede gegen die Rekrutierungsbedürfnisse aus, bis schließlich der Vorsitzende dazwischenfuhr: „Stellen Sie jetzt Ihre Frage oder sehen Sie sich wieder.“ „Ganz gut“, antwortete der Störenfried, „meine Frage ist wie folgt: Wenn ich für mein Land kämpfen will und als Krüppel zurückkomme, denken Sie, daß ich dann mehr erhalten sollte wie eine Medaille und womöglich ein Goldstück? Dann möchte ich noch fragen, was Herr Edward Barrow über die Bewegung denkt, welche jetzt für die Soldaten einen Minimallohn von 20 Mark pro Woche fordert?“

Herr Edward sprang wie von der Ratte gestochen auf seine Füße und indem er mit dem Finger auf den Fragesteller zeigte, rief er zornig aus: „Jener Mann denkt bloß daran, ob er bei der Geschichte ein Geschäft machen kann. Ich werde mich weigern, mit einem Soldaten weiter zu diskutieren.“ Und dann sah er wieder.

Es sich nicht selbst über das Märchen von einer Verteidigung Kanadas gegen drohende „Einfälle und Angriffe“ lustig machen?

Amerikanische Rüstungspläne.

Washington, 15. Dez. In dem Berichte des Marineministers heißt es: Die jüngsten Ereignisse im Serbien haben das Vertrauen in die Unterseeboote gekräftigt. Das Marineamt schlägt deshalb eine erhöhte Zahl von Unterseebooten und einen ausgiebigen Gebrauch dieser Waffe vor. Die amerikanischen Marinefachleute glauben jedoch, daß der Dreadnought noch wie vor den hauptsächlichsten Bestandteil einer guten Flotte bilden muß. Die Vereinigten Staaten stehen in Bezug auf die Unterseeboote nach der Auffassung vom Juli 1914 an dritter Stelle. Deutschland, das eine größere Flotte besitzt als die Vereinigten Staaten, hat weniger Unterseeboote, Japan nur halb so viele. Was die Vereinigten Staaten auf dem Gebiete des Baues von Unterseebooten getan haben, ist jedoch noch nicht ausreichend. Wenn die Vereinigten Staaten eine Division von Unterseebooten fertig haben werden, wird der Seehäufschiff eine starke Waffe zugefügt sein, die in den zukünftigen Unterseeoperationen eine große Rolle spielen wird. Der Marineminister betont aufs nachdrücklichste die Notwendigkeit des Ausbaues der Flotte, die bisher vernachlässigt wurde, und fordert dafür mindestens vier Millionen Dollars.

Rumänisches Petroleum in Sicht.

Wie die „Independence Roumaine“ meldet, haben Verhandlungen zwischen dem Direktor der ungarischen Staats-eisenbahnen, Darbay und dem Generaldirektor der rumänischen Eisenbahnen, Cortescu, zu folgender Verständigung geführt. Von den nach Rumänien aus Ungarn zu sendenden Waggons, die zum Abtransport der dort für die österreichisch-ungarische Monarchie lagernden Waren bestimmt sind, werden zwei Fünftel für den Transport von Petroleumprodukten verwendet. Der Rest kommt entweder leer zurück oder wird mit Waren beladen, die in der Monarchie für Rumänien bereit liegen.

Die Schweiz gegen Verleumdungen deutscher Soldaten.

Basel, 14. Dez. Das Generalkommando der schweizerischen Armee will nun von seinem Rechte der Zensur an der Presse und vornehmlich an der welschen Presse, die sich in Beschimpfungen der deutschen Armees zu überbieten sucht, sehr weitgehenden Gebrauch machen. Genfer Blätter brachten vor einiger Zeit größere Artikel, in welchen den deutschen Truppen vorgeworfen wurde, sie hätten schreckliche Greuelthaten gegen die belgische und die französische Zivilbevölkerung begangen. Da es sich um empörende Scheußlichkeiten handelte, die geeignet waren, die schweizerische Bevölkerung ernstlich zu beunruhigen, haben die Militärbehörden die Frage erörtert, ob nicht solche Nachrichten ohne Weiteres unter Strafe zu stellen seien, um dann zu dem Schluß zu kommen, einmal durch eine Untersuchung festzustellen, wo die Quelle solcher Nachrichten sei.

Die Untersuchung hat denn auch festgestellt, daß es sich um Weitergabe unermesslicher Gerüchte handelte. In einem Falle wurde festgestellt, daß der Korrespondent des Genfer Blattes, des „Journal de Geneve“, die Mitteilungen von einem Herrn und einer Dame erhalten hat, die direkt aus Belgien über Frankreich kamen und beide hätten bei Unannehmlichkeiten beigewohnt, die sie schilderten. Die Einvernahme dieser beiden Personen hat nun aber ergeben, sie hätten die von ihnen geschilderten Begebenheiten nicht mit eigenen Augen gesehen, sondern sie hätten das nur in den belgischen und französischen Zeitungen gelesen. Die Redaktion will da von unglaubwürdigen Quellen dupliert worden sein, aber gegen klingende französische Münze läßt man sich gerne zu ungünstigen Deutschlands duplieren. In einem Bericht, ebenfalls wieder von einem „Augenzeugen“, sagte das gleiche Blatt, deutsche Kolo-Arbeiter hätten den Verdacht des feindlichen Heeres Gift statt Serum eingepflegt. Die Untersuchung ergab auch hier, daß es sich um ein unbewusstes Gerücht handelte, denn die befragten Personen, die sich als Augenzeugen ausgaben, gaben in der gerichtlichen Untersuchung an, daß sie die Dinge von Angestellten im Bahnhof Lyon gehört hätten; andere gaben an, daß sie es im französischenfreundlichen Mailänder „Corriere della Sera“ gelesen

hätten. Aus eigener Wahrnehmung konnte auch hier niemand berichten, aber das Genfer Blatt hat die Berichte doch unter den stärksten Beleidigungen der deutschen Truppen als wahr ausgegeben.

Unter Hinweis auf diese beiden Beispiele warnt die schweizerische Militärbehörde die Presse und die gesamte Bevölkerung, gegen solche Sensationsberichte auf der Hut zu sein, die, ohne genügende Grundlage, geübelt sind, die Köpfe zu verwirren, Leidenschaften zu entfesseln und so dem Schweizerlande Schaden bringen. Die geistige Wappung gegen tendenziöse Beeinflussung, welches Mittel von Frankreich und England so gerne angewendet wird, gehört mit zu den Aufgaben der schweizerischen Neutralität, deren strikte Beobachtung nach allen Seiten hin, im festen Willen des Schweizerlandes liegt. Das Schweizervolk muß seine ganze Kaltblütigkeit, seine ganze Unparteilichkeit, seine Vaterlandsliebe und sein Zusammengehörigkeitsgefühl daran setzen, um jene Aufgaben durch die ganze Krisis hindurch mit Würde und Geschick zu erfüllen.

Mietseingangsämter für Deutschland.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Wortlaut einer Verordnung des Bundesrats vom 15. Dezember 1914 betreffs Eingangsämter, die mit der Aufgabe betraut wurden, zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern zu vermitteln.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielt die freiwillige Krankenpflegerin Caroline Böhler aus Durlach, sowie eine aktive Krankenschwester, die gemeinsam bei Opatowitz eine ganze Nacht hindurch unter dem heftigsten Granatfeuer Verwundete aus den vorbereiteten Schützengräben holten.

Ein in Freiburg i. Br. am Sonntag durch Bomben-splinter tödlich verletzter Soldat ist nachts gestorben.

Walter Bronart v. Schellendorf, der ehemalige preussische Kriegsminister ist gestorben. Er wirkte in dem hohen Amt unter dem Kaiserlichen Hofkanzler. Bekannt ist von ihm das Wort, mit dem er Nordrupen wegen des Eingreifens des Militärs in Straßentumulte zurückschickte: dazu genüge die Feuerwehr!

Aus der Partei.

Massatsch +.

Wie vor einigen Tagen der Vorsitzende des Brauerverbandes, so steht jetzt in Stuttgart plötzlich der Sekretär im Hauptverband des Metallarbeiterverbandes Genosse Karl Massatsch. Am 3. des laufenden Monats war der Bezugsbezirk, ein geborener Wiener, 48 Jahre alt geworden. Massatsch, ein gelernter Formner, hat früh seine Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt. Seinen letzten Posten hat er seit 15 Jahren innegehabt. Als er ihn antrat, zählte der Metallarbeiterverband erst 85 000 Mitglieder; jetzt ist er mit 600 000 Mitgliedern längst die größte Organisation der Erde. Ein gewaltiges Stück Arbeit ist in dieser Zeit geleistet worden und daran hatte Massatsch sein Teil. Die deutschen Metallarbeiter haben in schweren Kämpfen zwar noch lange nicht volle Anerkennung als Gleichberechtigte im Arbeitsvertrag erringen können; aber sie erzwangen selbst vom Verband der Metallindustriellen manches Zugeständnis. Dabei hat Massatsch immer treu gehalten. Für die Partei war er auch tätig, und er kandidierte im Schwarzwald zum Reichstag, dann wieder zum Bundtag bei der letzten Wahl im Schwarzwald-Donau-Bezirk, brachte es auch auf über 20 000 Stimmen, aber nicht zum Mandat. Ehre seinem Andenken!

Nachhall von Zabern.

Genosse Marchlewski (Kassil) war wegen eines in der „Schlesien-Holz. Volkszeit.“ veröffentlichten Artikels über Zabern zu drei Monaten, des verantwortlichen Redakteur Genosse Adig zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hat jetzt die Revision verworfen. Der preussische Kriegsminister hatte Strafentwurf wegen Beleidigung sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere der preussischen Armee gestellt; nach Kriegsausbruch hat er angeblich die Zurückziehung des Strafentwurfs versucht.

pelle an die Anwesenden, aber keine Klause rührte sich. Aber auch der Vortragende hatte seine Stirn in tiefe Falten gelegt, und wehmütig erklärte er, daß ihm Derartiges noch nie passiert sei. Stets hätten sich in seinen Versammlungen alle weisensfähige Männer sofort als Freiwillige gemeldet und er sei recht bitter enttäuscht über den Sinn der Einwohner in Inverkeithing.

„Ich schäme mich Ihrer in der Tat!“ donnerte Herr Robert Moncrieff dazwischen, während er das sehr zahlreiche Versammlungskomitee im Gänsemarsch von der Bühne führte.

Bücher und Schriften.

„Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie (Berlin, Verlagsbuchhandlung). Heft 9 vom 4. Dezember hat folgenden Inhalt: Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Krieges der Heiligen Allianz gegen Frankreich im Jahre 1852. Von Friedrich Engels. — Die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Von Jurij Lenin. — Die Kriegswirkungen im Völkergemeinde. Von August Winnig. — Vom Wirtschaftsmarkt. Von Heinrich Cunow. — Feuilleton: Kriegsgedichte. Von Richard Volz. — Heft 10 vom 11. Dezember hat folgenden Inhalt: Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Krieges der Heiligen Allianz gegen Frankreich im Jahre 1852. Von Friedrich Engels. (Schluß.) — Die deutsche Textilindustrie unter den Einwirkungen des Weltkrieges. Von H. Arndt. — Nachdruck über den Krieg. Von A. Kautsky. — Notiz. — Feuilleton: Volk und Kunst im Kriege. Von Richard Volz. — Literarische Rundschau: Fehr, von Geddy und Reufsch, Reichs- und Staatsfinanzen im Kriege. — Nachdruck an D. Tugomirski.

„Der Kunstwart.“ Erstes Dezemberheft 1914. (Kriegsausgabe zum halben Preis.) Verlag von Georg D. W. Callwey-München. Vierteljährlich 2.25 Mark. Größere Anhänge: „Denk an die hungernden Schiffsticker“ und dabei noch ein einiges andre! Bonus und Avenarius, Vom Aufklären und von Kartaturen. Häcker, Der Krieg und die Kinematographie. In der Rundschau unter anderem: Richter, Nach zwölf Wochen. Stapel, „Deutscher Aufstieg 1750 bis 1914.“ Riden, Ein Roman vom Kriege. G. E. Paganini, „Seit wir in Siegerfranz.“ Döfel, Abteil vom Kriege. Avenarius, Vom Fall Joffe. Mosper, „Hindenburg-Strategie.“ Reppe, Reppe, Avenarius, Englisches Voh und deutsche Abklärung. Jeunisse der Zeit: Klingau und „Enden.“ Aus Nordfriesland. Vom Tange ums Kronprinzenelegramm. „Heldenleben.“ Bilderbeilage: Peter Cornelius, Abteilungen im Kampf. Französisch Karikaturen von Gualtraffon, Th. H. Seine, Darioch-Runes usw. Notenbeilage: Gerhard Schellberg, Orbel vor der Schlacht.

Der Vorsitzende richtete noch lange und wehmütige Ap-

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 16. Dezember 1914.

Wöchnerinnenhilfe ohne alle Rückwirkung.

Wir haben gestern schon kurz mitgeteilt, daß die Wöchnerinnenhilfe nicht rückwirkend gewährt wird. Das ist ein sehr bedauerlicher Bescheid, der wieder mal die Engstirnigkeit unserer Bürokratie ins rechte Licht rückt.

Ueber die rückwirkende Kraft der Bundesratsverordnung über Wöchnerinnenhilfe schreibt man dem „Neuen politischen Tagesdienst“:

„In der Presse wird die Frage erörtert, inwieweit die Bundesratsverordnung vom 3. d. M., betreffend Wöchnerinnenhilfe während des Krieges, rückwirkende Kraft auf Entbindungsfälle hat, die vor dem Tage der Verkündung dieser Verordnung, also vor dem 3. Dezember d. J., liegen. Dabei wird zum Teil die Ansicht vertreten, daß, wenn die Entbindung beispielsweise am 4. August d. J. stattgefunden hat, der Wöchnerin nachträglich die vollen Leistungen der Wöchnerinnenhilfe zu gewähren seien, als wenn jene Verordnung bereits vor dem 4. August d. J. in Kraft getreten wäre. Diese Auffassung beruht auf einer offenbar irrigen Auslegung des § 10 der Verordnung.“

Dieser bestimmt: „Diese Vorschriften treten mit ihrer Verkündung in Kraft. Wöchnerinnen, die vor diesem Tage entbunden sind, erhalten diejenigen Leistungen, welche ihnen von diesem Tage an zustehen würden, wenn diese Vorschriften bereits früher in Kraft getreten wären.“ Nach dem hiesigen Wortlaut ist mit „diesem Tage“, von dem hier zweimal die Rede ist, der Tag der Verkündung der Bundesratsverordnung, also der 3. Dezember d. J., und nicht der jeweilige Tag der einzelnen Entbindung gemeint. Das heißt also: Nachtragsgewährungen werden nicht gewährt, wohl aber diejenigen Leistungen, die — bei früherem Inkrafttreten der Verordnung — für die vor dem 3. Dezember entbundene Wöchnerin vom genannten Tage ab noch laufen würden. So erhält beispielsweise eine Wöchnerin, die drei Wochen vor dem 3. Dezember entbunden ist, weder — was sich von selbst versteht — die ärztliche Hilfe bei der Entbindung und den Schwangerschaftsbesuchen, noch auch einen Krankheitsbeitrag dafür; ebenso fällt das Wöchergeld und das Stillgeld für die bereits abgelaufenen drei Wochen weg. Dagegen erhält sie das Wöchergeld für noch fünf, das Stillgeld für noch neun Wochen. Der Grund für diese Einschränkung der Rückwirkung liegt klar zutage: die Beihilfe hat den Zweck, einer augenblicklich bestehenden, also gegenwärtigen Notlage abzuhelfen, nicht aber für einen bereits abgelaufenen Zeitraum eine nachträgliche Beihilfe zu leisten. Von einer Unbilligkeit gegen die Wöchnerin kann hierbei nicht die Rede sein, da ja der Leistung des Reichs keinerlei Zahlung von ihrer Seite gegenübersteht.

Dabei mag — gegenüber einem ebenfalls aufgeworfenen Zweifel — bemerkt werden, daß der Ausdruck „Wöchnerin“ hier wie in der Reichsversicherungsordnung allgemein nur die weibliche Person bezeichnet, die entbunden worden ist, mithin ohne Rücksicht auf die Fortdauer des Wochenbettes und auf den sonstigen, jeweiligen Gesundheitszustand.“

Die Begründung dieser einschränkenden Ansicht ist, wie der „Vorwärts“ treffend sagt, nichts weniger als überzeugend. Sollte in dem schließenden Satz unter „diesem Tage“ nur der 3. Dezember gemeint sein, so war der Satz völlig entbehrlich. Trotz der offiziellen Darlegung liegt in der Einschränkung eine außerordentlich antisoziale Unbilligkeit. Die gegenwärtige Ansicht stützt sich darauf, „der Leistung des Reichs liege keine Zahlung von ihrer Seite gegenüber“. Diese kalkulatorische Auffassung läßt völlig die Leistung des Kriegsteilnehmers außer acht. Das preussische Ministerium stand vor 66 Jahren auf einem sozialeren, gerechteren Standpunkt. Es bezeugte im Staatsministerialbeschluss vom 19. April 1848 als dringend wünschenswerte Leistungen, um die Familien von Kriegsteilnehmern vor Mangel zu schützen: „unentgeltliche ärztliche Pflege und Krankenpflege“. Dasselbe verlangte die im Jahre 1850 dem Landtag gemachte Regierungsvorlage (Druck Nr. 464 der Drucks. des Hauses der Abgeordneten, Session 49/50). Noch weiter ging der von den Abg. Kögel und Bismarck-Schönhausen im Jahre 1849 eingebrachte Gesetzentwurf. Wie kann man die Verpflichtung, für die Wöchnerinnen der Kriegsteilnehmer zu sorgen, von dem Standpunkt aus betrachten, ob die Wöchnerinnen, deren Mann im Felde steht, dem Reich auch für die Versorgung etwas zahlen! Hoffentlich ändert der Bundesrat die Verordnung durch Beseitigung der Einschränkung. Diese ist ungerecht. Oder ist es gerecht, die Wöchnerinnen dafür zu

strafen, daß der Bundesrat erst am 3. Dezember die Wöchnerinnenhilfe angeordnet hat? Oder gar dafür, daß sie mit der Entbindung nicht warteten?

Bis eine Änderung erfolgt, werden die Frauen der Kriegsteilnehmer leider die oben mitgeteilte Einschränkung gegen sich gelten lassen müssen. Die Krankenkassen sind an die offiziöse Auslegung leider gebunden.

Kartoffelhöchstpreise im Rheingaukreis.

Der Landrat des Rheingaukreises hat für bestausgeleierte Speisefartoffeln in den Sorten Daber, Imperator, Magnum bonum, 11/2 d. d. folgende Höchstpreise festgesetzt: für den Zentner 3.20 Mark bei Mengen unter 20 Zentnern bis zu 1 Zentner ab Lager des Züchters. Bei freier Lieferung in den Keller des Verbrauchers ist ein Aufschlag bis zu 25 Pfennig für den Zentner für Fuhrkosten und Zeitverlust gestattet; beim Verkauf im Zwischenhandel bei freier Lieferung ins

Verkaufshaus um 6 Uhr abends veranstaltet. (Siehe Annonce.) Donnerstag den 17. d. M. Probe.

Hilfsauskunft für die Residenztheatermitglieder. In einem öffentlichen Aufruf wendet sich ein Hilfsausschuß zur Linderung der schweren wirtschaftlichen Lage der Mitglieder des Wiesbadener Residenztheaters an die Öffentlichkeit. Dem Ausschuss gehören u. a. an Intendant v. Hilfen, J. v. Lauff, Dr. L. Seelig, Syndikus des deutsch-österreichischen Bühnensartells, und eine Reihe weiterer Personen aus der Wiesbadener Gesellschaft.

Tropfregelung der Wasserhähne verboten. Viele Hausbesitzer haben die Untugend, den Wasserverbrauch ihrer Mieter dadurch einzuschränken, daß sie den Hauptbühnen teilweise schließen und dadurch den Wasserdruck erheblich vermindern. Zweck hat die unvernünftige Maßregel allerdings nicht, sie bringt aber allerlei Gefahren mit. So können z. B. beim ungenügenden Wasserlauf ungeheure, im Betrieb befindliche Gasboiler durchschmelzen, auch ist durch eine rückläufige Bewegung des Wassers ein Rückstrom unreiner Flüssigkeiten in die Wasserleitung möglich. Der Magistrat macht daher darauf aufmerksam, daß eine solche Tropfregelung der Wasserhähne durch Polizeiverordnung vom 8. September 1914 verboten ist.

Der Mittagstisch des Stadtbundes für Frauenbeschäftigten (Oranienstraße 15) erfreut sich regen, stets wachsenden Zuspruchs. Auch Frauen und Mädchen, die von außerhalb nach Wiesbaden zur Arbeit kommen, sei dieser Mittagstisch empfohlen. Diese Kasseinrichtung ist keine Wohlfahrtskasse, sondern lediglich eine Schöpfung der vereinigten Vereine des Stadtbundes für Frauenbeschäftigten, die unter geleiteter Ausnutzung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Lande ein einfaches Mittagessen mit 1 Brötchen zu 25 Pf. zu verabfolgen. Der Mittagstisch ist von 12—1 1/2 Uhr täglich im Betrieb, wird auch an den Weihnachtstagen geöffnet sein. Vorherige mündliche oder schriftliche Anmeldung ist erforderlich.

Der „Mühle Grund“ geschlossen. Eine Verfügung des Gouverneurs von Mainz ordnet die Schließung der Wirtschaft „Zum Mühlen Grund“ in der Mehrgasse (Wagemannstraße) an. Die Schließung soll wegen Uebertretung der Polizeistunde und anderer Delikte erfolgt sein. Der „Mühle Grund“ war einmal eine recht galante Wirtschaft, in der manches junge Menschenleben, das in den Kellnerinnenberuf gedrängt wurde, zugrunde gerichtet wurde, und welcher junge Leichtsinn hat dort seinen Wochenlohn vergeudet.

Gefahrenvermeidung. Für die am 11. Januar 1915 beginnende Schwurgerichtsperiode wurden folgende Geschworenen ausgeteilt: Wilh. Bittner, Landwirt, Niederseelbach, Rud. Wind, Rentner, Wiesbaden, Christ. Mafel, Professor, Griesheim a. M., Heinz Ottmann, Fabrikant, Viebrich, Hof. Gottwald, Kaufmann, Wiesbaden, Wilh. Balding, Landwirt, Wiesbaden, Phil. Lauffer, Bürgermeister, Hattenbach, Heinz Dorsch, Direktor, Griesheim a. M., Dr. Alb. Wellner, Chemiker, Winkel, Phil. Hof. Röhler, Gutsbesitzer, Nordhausen, Max Frey, Wiesbaden, Dr. Leo Grünhut, Chemiker, Wiesbaden, Heinrich Krath, Direktor, Viebrich, Adam Adam L., Landwirt, Niederseelbach, Raimund Jenner, Kaufmann, Hattenbach, Philipp Ries, Rentner, Niederseelbach, Jakob Kirchberger, Kaufmann, Oberlahnstein, Joseph Lorenz, Kaufmann, Griesheim, Adolf Reusch, Bürgermeister, Roth, Anton Ruff, Gutsbesitzer, Riedesheim, Wilhelm Wirth, Bürgermeister, Dörsdorf, Christian Peter Lather, Gastwirt, Anspach, Anton Meng, Fabrikant, Adolf a. M., Johann Kirchbalt, Kaufmann, Wiesbaden, Emil Körber sen., Privatier, Griesheim a. M., Wilhelm Jakob, Buchhändler, Wiesbaden, Heinrich Wiffog, Landwirt, Heiligenberg, Ferdinand Oppenheimer, Kaufmann, Camberg, Friedrich Büttel, Seiler, Riedesheim, Hugo Lirgens, Rentner, Riedesheim.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Langenscheidt-Wiesbaden. Der Personenzug Nr. 4056 (Langenscheidt-Wiesbaden) ab 6.52, Wiesbaden ab 7.54 Uhr) fährt vom 15. Dezember ab, wie folgt: Langenscheidt ab 6.52, Wiesbaden ab 6.03, Pahn-Wehen ab 6.08, Eiserne Hand ab 6.16.

Kleines Feuilleton.

Bei einem französischen Parteigenossen im Quartier.

Thenailles, d. 9./10. 14.

Liebe Frau und Kinder!

Gestern habe ich den schönsten Tag in Frankreich erlebt. Ich hatte das Glück, bei einem alten Parteigenossen im Quartier zu kommen. Ich wußte zuerst nicht, wie er dachte, aber bald hatte ich mich mit ihm verständigt; er schimpfte auf die Regierung Poincaré und sagte, die Politik de France wäre schuld an dem Kriege, es wäre ein großer Mangel für Frankreich, daß sich Kameraden tötschießen müßten. Wir lagen mit acht Mann bei ihm, die aber nicht alle so gedacht hatten wie ich und mein alter Freund; aber bald sagten sie, das ist der freundliche Mann in Frankreich. Er besorgte uns alles, auch brachte er uns zwei große Krüge Wein. Als wir in die Scheune schlafen gehen wollten, hatte er mir ein schönes Bett zur Verfügung gestellt, was ich auch annahm; es war das erste Mal, seit wir von Zeitbain fort sind, daß ich in einem Bett schlafen konnte. Schade, daß wir hier anders morgens 8 Uhr fort mußten. Auch waren zwei Kinder da, welche wohl etwas schlüchtern waren, hatte aber jedem zwei Stück Zucker gegeben, was für Freude war da. Auch die Frau war sehr freundlich. Es glaubten bald alle, wir gehörten hier ins Haus; auch Andersdenkende fühlten sich bald mit unserm Alten einig. (Aus der „Leipz. Z.“)

Wir lesen in unserm Koburger Parteiorgan, dem „Volksblatt“: Dem Feldbrief eines, wie wir ausdrücklich bemerken, streng konservativ gesinnten Offiziers des Westheeres entnehmen wir mit freundlicher Erlaubnis folgende Stelle: „Sie lobt jetzt schon seit Wochen die Schlacht. Gut ab vor jedem Deutschen, der diesen Kampf in vorderster Linie durchgehalten hat; denn höhere Anforderung ist wohl niemals gestellt worden. Schritt für Schritt wird dem Feinde der Boden weggenommen, und in morastigen Schlingengräben, unter schwerem feindlichem Granatfeuer müssen unsere Leute aushalten. Aber sie halten aus mit einer wahrhaft rührenden Schlachtheit und Selbstverständlichkeit. Es läuft keiner weg; alles

hält aus und macht dann noch den Sturm. — Mir soll noch einer etwas von „Sozialdemokraten“ beim deutschen Heere erzählen! Denn dabei sind auch unsere Sozialdemokraten, die ja alle genau bekannt sind. Aber die vollbringen, sogar oft ohne Offiziere mit die höchsten Leistungen, die im Kriege eines ganzen Volkes angefordert werden.“

Gott sei Dank, Militärdiktatur.

Hermann Vahr, der Dramatiker, erzählt in der „Tägl. Rundschau“: „In einer deutschen Stadt lebt ein berühmter Anarchist. Dem ging jüngst von einem ins Ausland verschlagenen Freund ein Brief zu, darin stand ungefähr daselbe, was Sie mir geschrieben haben, nur noch etwas aggressiver: Die Deutschen müßten sich jetzt ermannen und zum Schlag ausbrechen gegen den Militarismus! Nun werden die Briefe aus dem Auslande jetzt geöffnet, und hervor also der Anarchist den Brief bekam, bekam ihn der General zu lesen. Der General las den Brief, doch er wußte ja, die Deutschen haben sich schon ermannet und zum Schlag ausgeholt, wenn auch nicht gegen den Militarismus. Er sah also keine Gefahr, tat den Brief ruhig wieder in den Umschlag und ließ ihn dem Anarchisten zustellen, nachdem er darauf mit eigener Hand vermerkt: „Militärdiktatur kein Anstand“. Der Anarchist hat mir das selbst erzählt und sagte: „Nedenfalls hat der General mehr Takt als mein Freund, der sich keinen Augenblick überlegte, daß es meinen Kopf kosten konnte, wenn wir nicht zurzeit, Gott sei Dank, eine Militärdiktatur hätten!“

Erklärend sei angemerkt, daß Vahr das Stückchen erzählt, um zu zeigen, daß die Militärdiktatur mehr Vernunft walten läßt als eine Bürokratenherrschaft.

Krieg und Charakter.

Im Schlingengraben.

Du willst wissen, ob wir nicht unseren Charakter vollkommen verändert haben und wieder zu Halbwilden herabgesunken sind. Unbeeinflusst bleibt wohl kein Gemüt von den ernsten und schweren Stunden, die wir durchleben, von der monatelangen Todesgefahr, in der wir schweben. Dazu der immer gleichbleibende Dienst: drei Tage hier, drei Tage in Märgen von unserer Flucht vor den Russen glaubte.

erster Reserve, drei Tage hier, drei Tage in erster Reserve, drei Tage hier, drei Tage in zweiter Reserve, drei Tage in erster Reserve, drei Tage hier. Die Nerven sträuben sich gegen die ewige Unsicherheit in dieser ewigen Gleichmäßigkeit und wollen sich nur schwer damit abfinden. Aber man muß und das hilft. Es hat auch in anderer Beziehung wieder sein Gutes. Hier lernt man das Leben erst richtig liebgewinnen und Heimat und Familie schätzen. Schlechter an Charakter wird hier, glaube ich, niemand. Dazu ist unsere Ordnung und Mannszucht zu ausgeprägt. Monder wird sogar gebessert zurückkehren, dafür sind genug Beispiele besonders bei denen vorhanden, die sonst öfter einen „Schmierer“. Hier ist ja die reine Trinkerheiligtät, weil es eben nichts gibt.

Die Mutter.

„Aus Winterfreie, Mutter! Nur für Stunden! Daß das zerrüttete Herz im Nicht sich haben! Vielleicht wird kurz vergessen doch gefunden in stillem Gang auf mild veränderten Pfaden.“

Sie geht zum Bahnhof. Plötzlich durch die Halle braust ein Soldatenzug. Hell wird gelungen (o Sang voll Wehmuth!) und es winken alle und einer ahnelt ihrem eigenen Jungen.

Da läßt der tiefere Blick sie etwas lernen, was um den fernen Sohn die bitt're Träne verfließen heißt in ihren Augensternen, und schauernd fühlt sie: „Alle — lauter Söhne!“

Joseph Kautz in der Wiener „Arb.-Ztg.“

Notigen.

Die 60jährige Jubeljahrfeier befragt der frühere ordentliche Professor der Nationalökonomie Geheimrat Viktor Böhmert in Dresden. Böhmert war in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein Vorkämpfer des Wandels. Von ihm stammt das Wort, die freie Konkurrenz sei für die gesellschaftliche Welt das Beste, was die Sonne für die natürliche Welt. Wie mag dem Mann, der späterhin eifrig in freiwilliger sozialer Tätigkeit arbeitete, zumute sein in der Welt der Kartelle und Trusts!

Chausseehaus ab 6.28, Dohheim ab 6.40, Waldstraße ab 6.47, Landesdenkmal ab 6.51 und Wiesbaden an 6.57 Uhr.

Kloppenheim, 15. Dez. (Glad im Unglück.) Das 13-jährige Mädchen des Bieglmeisters Rohmann dahier hatte vor acht Tagen das Unglück, eine Nähnadel zu verschlucken. Das Kind wurde sofort ins Paulinenstift zu Wiesbaden verbracht und eine Röntgen-Untersuchung ergab, daß die Nadel sich im Mastdarm festgesetzt hatte. Nun ist am gestrigen Tage die Nadel auf natürlichem Wege fortgegangen, jedoch eine sehr schwierige Operation vermieden werden konnte. Das Kind ist bereits gestern wohlbehalten in der elterlichen Wohnung wieder eingetroffen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan . . .

Von Landwehrleuten wird uns geschrieben: Wie hoch der Patriotismus der Besitzenden einzuschätzen ist, soll an folgendem Beispiel gezeigt werden. Während die minderbemittelten Bewohner des Ortes Sahnheim (i. Rheinhesen) die Einquartierung der hier liegenden Festungsbau-Kompagnie gern und ohne zu murren ertragen, haben die besser Situierten Unterschriften gesammelt und in einer Eingabe das Gouvernment Mainz ersucht, die Einquartierung hier aufzuheben und sie auf andere Ortschaften zu verlegen, die allerdings weiter von der jetzigen Arbeitsstelle entfernt liegen. Als Grund wird angegeben, ein gründlicher Weibenschlag müsse stattfinden. Da die hier einquartierten Leute schon morgens um 7 Uhr ausrücken und erst nachmittags um 1/2 Uhr wieder einrücken, hätte man eigentlich Zeit genügend, um pufen zu können. Im Sommer und zur Zeit der Ernte, da war die Einquartierung schon recht, denn da wurden die Herren Landwirte aus den hiesigen Kompagnien mit genügend Erntearbeitern versehen. Jetzt, da die landwirtschaftlichen Arbeiten erledigt sind, ist auch die Einquartierung überflüssig. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, nun kann er gehen!“ Wir möchten bei dieser Gelegenheit dem Gouvernment Mainz anheimgeben, in Erwägung zu ziehen, den im Festungsbereich einquartierten Leuten ausreichenden Weihnachtserlaß zu gewähren. Auch würde der schon einmal eingeführte, aber wieder aufgehobene Sonntagserlaß sehr wohl den reichen Leuten in und um Sahnheim Zeit und Gelegenheit genug geben, Zimmer und sonstige Nölichkeiten zu pufen.

Hanau im Zeichen der Einquartierung, des Lebensmittelwunders und der Arbeitslosigkeit.

Man schreibt uns: Die Hanauer Bevölkerung trifft die Kriegszeit außerordentlich hart. Ganze Industrieen wurden lahmgelegt. Die Folge war Arbeitslosigkeit, Elend und Sorge in den Arbeiterfamilien. Neben diesen traurigen Begleiterscheinungen des entsetzlichen Krieges lastet die ständige Einquartierung schwer auf den Schultern der minderbemittelten Einwohnerschaft. Hanau kommt tatsächlich aus der Einquartierung nicht mehr heraus. Der Landpreis wurde von der Einquartierung relativ fast gar nicht betroffen. Zum Danke dafür versucht ein Teil der Landwirte noch, Hanau auszuhungern durch Zurückhaltung der Kartoffeln und enorme Preissteigerung der anderen Produkte. In diesem Zustand ändert auch die Befreiung der viel zu hohen Höchstpreise und die Beschlagnahme der Kartoffeln wenig. Ganz auffälligerweise hat der Magistrat ebenfalls nachmal, wie bereits am Montag in der „Volksstimme“ mitgeteilt wurde, den Höchstpreis für die Kartoffeln in die Höhe gedrückt. Durch all diese unliebsamen Dinge bekommt mancher Steuerzahler bald einen Kessel vor dem Hintertürchen unserer wohlweisen Magistratskassen.

Hanau so steht es mit der Einquartierung. Nach den eigenen Angaben des Herrn Oberbürgermeisters hatten wir während der Mobilmachung rund 20 000 Soldaten in Bürgerquartieren. Durch die Drückbergerlei dieser reichen Leute war es speziell die ärmere Bevölkerung, die diese Einquartierungslast trug. Allgemeine Zustimmung fand in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. November die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß bei zukünftigen Einquartierungen nur Wohnungen im Mietwert von 500 bis 1000 Mark berücksichtigt werden sollten. Anders die Einquartierungskommission. Seit Wochen läßt sie die Wohnungen im Mietwert von 240 Mark an feststellen. Alles erhält Einquartierung, gleichviel, ob es Koffenarbeiter oder Arbeitslose sind, ob die Leute eine starke Familie haben oder nicht. Man fragt nicht nach den engen, ungesunden Wohnungsverhältnissen der Hanauer Arbeiterfamilien, es heißt ihr bekommt einfach Einquartierung und damit basta! So kommt es, daß sich Familien von 12 Köpfen in zwei Zimmern teilen müssen. Also hier müßte schon aus rein sittlichen Gründen von der Einquartierung abgesehen werden. Aber darnach fragt unsere Einquartierungskommission nicht. Die Folgen dieser ungesunden Maßnahmen sind, daß Tausende das Einquartierungsbüreau stürmen und reklamieren. Die ärmere Bevölkerung erklärt: „Ja, wie werden ja gerne die Last auch noch tragen, aber geht uns nur Kartoffeln, damit wir die Soldaten ernähren können! Sie würden ja auch noch gern ein Wort in der Küche aufschlagen, wenn sie eins hätten. An Opferwilligkeit fehlt es also in der minderbemittelten Hanauer Bevölkerung nicht. Was ihr fehlt, ist ausreichende Nahrung und bessere Wohnungsverhältnisse.“

Man halte die Drückbergerlei der reichen Leute dagegen. Ihnen fehlt es an nichts, und doch suchen sie die Einquartierung auf die ärmere Bevölkerung abzuwälzen. Wenn es an und für sich schon unvernünftig ist, nach dem Mietwert die Einquartierung zu verteilen, so war es wirklich nicht notwendig, unter 500 Mark Wohnungsmiete heranzuziehen. Allein ein Gang durch das Hanauer Festend, die Frankfurter Landstraße, genügt, um festzustellen, daß hier Tausende von Soldaten Unterschlupf in den leeren Zimmern der großen Villen finden könnten. Dasselbe trifft auf die anderen vornehmen Viertel zu, wo unsere schonangegebene Bevölkerung wohnt. Uns sind eine große Anzahl Fälle bekannt, wo Beamte mit guten Einkommensverhältnissen bis heute noch nicht mit Einquartierung befreit wurden. Das sind doch Mißstände, die zur schärfsten Kritik herausfordern. Auch der „Bürgerfrieden“ hindert uns nicht, zu sagen, daß in Hanau seit der Mobilmachung schon soviel an Schmelztöpfen zum Schaden der minderbemittelten Bevölkerung geleistet worden ist, daß sie nicht auf eine Kuhhaut gehen. Wären einige Arbeiter im Magistrat, dann lägen die Dinge ganz gewiß anders.

Jechenheim, 16. Dez. (Mette Mißstände.) Die Schillerstraße (Gde Gartenstraße) befindet sich in einem trübsamen Zustand. Nicht nur Steine, Blöcke und zerbrochene Mauerstücke haben eine Abwärtswandlung gefunden, auch sonst gleicht die Schillerstraße, namentlich wenn es regnet, in der Nähe der Schillerstraße einem moirierten See. Es ist schon öfters vorzukommen, daß Fußgänger stundenlang im Schlamm stehen bleiben mußten. Die Hauptpolizei sollte sich doch endlich einmal die Straßenverhältnisse genau ansehen, dem schon lange gelegten Bunde der Bauherrschaft der Schillerstraße Rechnung tragen und Abhilfe schaffen.

zumal sich das Arbeitslosenheer riesig vermehrt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Straße dem nachsichtigen Verleher endlich freigegeben wird.

Hanau, 16. Dez. (Einkommensteuerberatung.) Der Vorstand der Einkommensteuerberatungskommission fordert auf Grund des § 25 des Einkommensteuergesetzes diejenigen Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark im Stadt- und Landkreis Hanau auf, eine Steuererklärung nach dem vorgezeichneten Formular in der Zeit vom 4. bis 20. Januar 1915 schriftlich oder zu Protokoll abzugeben. Die vorgezeichneten Formulare werden von jetzt ab Hauptstraße 6 kostenlos abgegeben. — (Das Suchen von Hirschgeweihen im Regierungsbezirk Kassel verboten.) Nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten ist das unbefugte Suchen, Auffammeln oder Aufnehmen von Geweihen oder einzelnen Stangen von Reihirschen in den Waldungen des Regierungsbezirks Kassel verboten. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot sollen mit Geldstrafen bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft geahndet werden. Diese neue Verordnung tritt mit dem 1. Februar 1915 in Kraft. — (Wegen Unterschlagung) erhielt von der hiesigen Strafkammer der Kaufmann Karl Artur Well aus Soden-Salmünster ein Jahre neun Monate Gefängnis. Well, der bereits erheblich vorbestraft ist, unterschlug größere Bankkollektionen in Unterkleider und Leinwände. — (Der Landratum zweiten Aufgebots) hat sich in Hanau auf dem Rathaus, Langstraße 41, eine Treppe, unter Vorlage einiger Ausweise (Landratsbescheinigung oder Erfahrungsbescheinigung) zu melden.

Spremlingen, 15. Dez. (Gemeinderatsitzung.) Die Weihnachtspende für Kinder der Kriegsteilnehmer wurde bewilligt. Die Hausammlung erbrachte 507 Mark, so daß die Gemeinde noch einen Zuschuß von 414 Mark leistet. Es bekommen alle Kinder der Kriegsteilnehmer bis zu 14 Jahren je 1 Mark. Die Hinzuführungen der Bezirksparlamente wurden wie folgt verteilt: Kleinkinderschule 350 Mark, Handwerkerschule 350 Mark, Arztschule 50 Mark; der Rest soll später für anderweitige Zwecke verwendet werden. Genosse Antkes wünscht, daß der Unterricht in der Handwerkerschule endlich wieder aufgenommen wird, da das lange Aussetzen den Lehrlingen nicht zum Vorteil gereiche.

Aus Frankfurt a. M.

Eine Begegnung im Kriege. Dem Feldpostbrief eines Frankfurter Buchbinder, der in Frankreich kämpft, entnehmen wir das folgende: Auch einen französischen Kollegen habe ich getroffen, das kam so. In unsere Batterie wurden einige verwundete Franzosen gebracht bis zur Rückkehr des Sanitätsmagazins, einer von ihnen sprach geläufig deutsch. Nach einigem Hin und Her kam's heraus, daß wir Kollegen waren und er schon im Jahre 1903 in Frankfurt gearbeitet hat. Er heißt Jules Frey und arbeitete in der Großen Eschenheimerstraße, im Rückgebäude sei eine große Zeitungsdruckerei gewesen (Richt?). Unserem Verbands hat er nicht angehört. Ich behandelte ihn wie einen Kollegen und teilte Brot, Wurst und Kaffee mit ihm, was er dankend angenommen hat.

Warnung vor Grogwürfeln. In einigen Zeitungen sind Inserate veröffentlicht worden, in denen Grogwürfel für die im Felde stehenden Krieger angeboten werden. Diese Würfel sind in Feldpostbriefe verpackt, sollen angelisch und feinsten Mums und Zucker befeuchten und, in Wasser aufgelöst, ein Weinglas voll Grog zubereiten. Das stellvertretende Generalkommando des 1. bayrischen Armeekorps warnt vor dem Ankauf dieser Würfel, die die Marke „Südpol“ tragen. Der Alkoholgehalt betrage nur 6,8 Prozent; dem Zucker sei Gelatine beigegeben, es lasse sich selbst mit Wein aus nur geringen Mengen heißen Wassers leicht groghaltes Getränk erzielen. Das Rohmaterial für sechs Würfel koste ungefähr 10 Pfennig, der Verkaufspreis betrage 1 Mark. Wie wir erfahren, verbietet das hiesige stellvertretende Generalkommando die Veröffentlichung aller Inserate, in denen die Grogwürfel Marke „Südpol“ angezeigt werden.

Trochle Lage der Normteiler. Ganz trübsam ist nach einer Mitteilung der „Graph. Presse“ die Lage der Normteiler in der Tapetenindustrie. Lange bevor der tobende Weltkrieg seine Wirklichkeit wurde, waren schon 65 bis 70 Prozent aller Normteiler arbeitslos. Am 1. August, als die Mobilmachung unumstößliche Tatsache geworden war, wurden die noch bis dahin leidlich beschäftigten Normteiler beinahe ohne Ausnahme geschloffen, so unter andern die größte der Normteiler, Siebman, Köln am Rhein, sämtliche Normteiler in Berlin und Umgebung und andere mehr, mit einem Schlage war die Arbeitslosigkeit allen Normteilern gekommen. Wenn es nun einem Teil, und zwar vornehmlich den jüngeren Arbeitern, gelungen ist, vorübergehend in anderen Berufen Unterschlupf zu finden, so bleibt doch leider die Tatsache bestehen, daß namentlich die älteren Normteiler von großem Elend heimgesucht werden und nichts deutet darauf hin, daß im nächsten Jahre eine Besserung hier eintreten wird. Im Gegenteil, nach dem Beschluß des Verbandes deutscher Tapetenfabrikanten vom 5. September dieses Jahres, der besagt, daß vor dem 1. August 1915 die Anzahl einer neuen Arbeiterklasse nicht in Angriff genommen werden darf, müssen die Normteiler mit lang andauernder Arbeitslosigkeit rechnen. Wie ernst es die Fabrikanten mit ihrem Beschluß meinen, erhellt daraus, daß den Fabrikanten die gegen obenstehenden Beschluß verstoßen, eine Buße von 10 000 Mark auferlegt werden soll. Wie vertritt sich dieser Beschluß mit der Warnung der Regierung an die Unternehmer, alles zu tun, um das geschäftliche Leben im Gang zu halten? Rücksicht auf das Wohlergehen der Arbeiter hat diesen Beschluß nicht diktiert, patriotische Opferwilligkeit ist auch nicht darin zu sehen.

Geschäftsbericht der Genossenschaftsbrauerei Frankfurter Bräuhaus. Der Bericht über das Geschäftsjahr 1913/14 konstatiert, daß das vielfache Geschäftsjahr für den Bierabtrieb recht ungünstig war. Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen hat die Genossenschaft einen Minusabgang zu verzeichnen. Das neue Geschäftsjahr steht noch unter der Einwirkung des Krieges, der erhöhte Ausgaben verursacht, die das nächstjährige Ergebnis beeinflussen werden. Der finanzielle Stand der Genossenschaft kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Die Genossenschaft zählt jetzt 804 Mitglieder mit 2834 Anteilen und 2 634 000 Mark Kapital. Die Bilanz ergibt insgesam ein Portefolio von 15 776 41 Mark einem Betriebsüberschuss von 250 776 Mark. Davon wurden 93 433 00 Mark zu Abschreibungen verwendet. Es verbleibt somit ein Gewinn von 157 343 40 Mark. Zur Verteilung kommen 5 Prozent Dividende und 43 194 Mark Rücklagen an die Bierabnehmer (50 Pfg. pro 100 Liter). Der Bierumsatz betrug 1913/14 68 359 27 Hektoliter gegen 74 200 47 im vorausgehenden Jahre.

Das Generalkommando erhält Feldpostbriefe. Die Empfänger von Feldpostbriefen, die besonders wertvolle und eingehende Kriegserlebnisse enthalten, werden gebeten, diese in Abschrift der Befehlshabenden des stellvertretenden Generalkommandos zur Veröffentlichung oder zur Einverleibung in die Kriegsgeschichtliche Sammlung einzusenden. Hierzu wird gebeten, folgendes zu beachten: 1. Falls Veröffentlichung in einer bestimmten Zeitung erwünscht wird, ist der Name der betreffenden Zeitung zu erwähnen. 2. Es sind ferner anzugeben: a) Name und Wohnort des Einsenders, b) Name und Truppenteil des Schreibers. 3. Die Einsendungen müssen möglichst in deutscher Handschrift oder Schreibmaschinenschrift ausgefertigt sein. 4. Der Briefabteilung zugegangenes Material wird nicht an die Einsender zurückgeschickt werden.

Gewerbehelfsin oder Betriebsleiterin? Von der Firma Oberländer, Spezialfabrik für Autogubehör, verlangte vor

dem Gewerbegericht eine Schneiderin Entschädigung für sechs-wöchige Kündigung. Die Klägerin behauptet, sie habe Anspruch darauf, denn sie sei Betriebsleiterin gewesen. In dem ihr am 16. November ausgeteilten Entlassungszeugnis steht zwar, daß sich ihre Leitung auf alle in der Fabrik beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte erstreckt habe. Bei dem Verhältnis fehlte jedoch die Hauptmerkmale für ihre Stellung als Betriebsleiterin: Monatsgehalt und die Befugnis, Arbeitskräfte einzustellen und zu entlassen. Sie war vielmehr im Wochenlohn beschäftigt; die Annahme und Entlassung von Personal besorgte der Inhaber der Firma selbst. Ferner war schriftlich eine 14-tägige Kündigungsfrist vereinbart. Aus allen diesen Gründen kam das Gericht zur Abweisung der Klage. Auch daraus, daß die Klägerin Nebenstunden bezahlt bekommen, und auch angenommen habe, sei der Schluß zu ziehen, daß ihr die Rechte einer Betriebsleiterin nicht zustanden.

Großfeuer. Von einem Passanten wurde heute früh gegen 1 Uhr der Waage Rängasse der Ausbruch eines Großfeuers im Hause Parfümerie 8 gemeldet. Als die Feuerwehr eintraf, stand der Dachstuhl des Hauses bis an das obere Geschoss bereits in hellen Flammen. Die Hausbewohner hatten sich in Sicherheit gebracht. Nur fünf Kinder, die in höchster Lebensgefahr schwebten, wurden von der Feuerwehr aus dem brennenden Hause gerettet. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte das Feuer mit fünf Schlauchlinien bewältigt werden. Die Aufräumarbeiten zogen sich noch nahezu vier Stunden hin.

Weihnachtsunterstützung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Nachdem eine Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes zur Weihnachtsunterstützung der Kriegsfamilien 6000 Mark bereitgestellt hat, beschloß die Ortsverwaltung, alle Eingezogenen ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft in den Kreis der Empfängerberechtigten einzuziehen. Die Unterstützung beträgt für Verheiratete 10 Mark. Die Ledigen erhalten ihre Unterstützung nach ihrer Ratschläge aus dem Felde nachgezahlt. Auch für späterhin ist eine ähnliche Unterstützung in Aussicht genommen. Die Auszahlung erfolgt am 17. und 18. Dezember im Bureau.

Aus der Partei.

Bayerische Gemeindevahlen.

In München erlangen die Sozialdemokraten die weitaus größte Stimmenzahl; die Liberalen erleiden einen Verlust von sechs Sitzen, während Sozialdemokratie und Zentrum einen Gewinn von drei Sitzen davontragen. Die Sozialdemokraten treten nunmehr als die stärkste Partei im Münchener Gemeinderat an die Stelle der Liberalen.

In Nürnberg erbieten: Sozialdemokratie 26 Sitze (Märker 2), Demokraten 2 (2), Christlich 18 (23), Nationalliberal 6 (8), Mittelständler 4 (6), Zentrum 2 (1). Die Magistratswahl wird den Sozialdemokraten voraussichtlich 5 Sitze bringen. Die sozialdemokratischen Stimmen sind, wie sehr festlich, zurückgegangen. Das ist die Einwirkung des Krieges.

In Schwabmünchen erbieten die Sozialdemokraten 4 Sitze. In Schwarzenbach a. d. S. gelang es uns, 3 neue Sitze zu gewinnen. Hier haben wir künftig von 24 Gemeindevorständen 11 im Besitz. In Rützh wurden gewählt: 6 Sozialdemokraten, 6 Christliche, 6 bayerische bürgerlichen Parteien, 2 Vertreter der Bürgerpartei. Wir konnten in Rützh unseren alten Beisitzer halten. In Ansbach wurde ein Sozialdemokrat gewählt.

Hessischer Landtag.

Zweite Kammer.

Darmstadt, 16. Dez. Den Platz des im Felde als Referent Offizier gefallenen Abg. Dr. Vorheimer, Lampertheim-Worms (Hr.) schied ein Vorbeizug. Die Fraktionen sind fast alle vollständig erschienen. Namens der Anweisungskommission stellt Staatsrat Dr. Best die vorläufige Bildung der zweiten Kammer fest und beruft den im Jahre 1888 geborenen Abg. Schönberger zum Alterspräsidenten. Als Geschäftsführer werden die beiden bisherigen Abg. Singer (nall.) und Baum (freil.) bestimmt. Durch Jura wird der bisherige Präsident Abg. Köhler zum ersten Präsidenten bestimmt. Abg. Schönberger wünscht, daß er bald das Ende dieses mörderischen Krieges erleben möchte. (Lebhaftes Bravo!) Präsident Abg. Köhler dankt für die Ehre seiner Berufung zum Präsidenten dieses Kriegslandtags. Offenlich sei bald die Zeit gekommen, da er sein Amt wieder in die Hände des Hauses zurücklegen könne. Ebenfalls durch Jura wird der bisherige Vizepräsident Korrell (Angenob) und Dr. Schmitt (Maing.) zum 2. bzw. 3. Präsidenten gewählt. Die Eröffnung des Landtages erfolgte um 12 1/2 Uhr durch den Staatsminister Dr. von Ewald. Darnach schloß sich die erste Sitzung der neuen Kammer.

In der ersten Kammer vollzog sich die Bildung des Landtags in der gleichen Weise durch den Staatsminister W. Brandt. An Stelle des verstorbenen Grafen Götz-Schlich hatte der Großherzog seinen Schwager, den Fürsten Solms-Lich zum ersten Präsidenten bestimmt. An dessen Stelle wurde der Fürst von Reiningen zum zweiten Präsidenten gewählt und der bisherige dritte Präsident Freiherr von Hentz wiedergewählt.

Neues aus aller Welt.

Ein schreckliches Grubenunglück wird schon wieder wie erst neulich aus Japan gemeldet. Durch eine Minenexplosion in Futatabi wurden 800 Bergarbeiter verätzt.

Millionentstiftung für Kinder. Der Rentier Dr. phil. Gg. Aufreund hat den Magistral Berlin testamentarisch zur Errichtung einer „Julius Gontard-Auswärtigen Stiftung zur Fürsorge für arme Kinder“ als alleinigen Erben eingesetzt und ihr zu diesem Zweck 5 Millionen Mark vermacht. Die Stiftung soll hilfsbedürftigen Kindern zugute kommen, insbesondere solchen, die einer solchen Behandlung oder gar Waisenhäusern ausgesetzt sind oder von ihren Angehörigen ausgebeutet werden.

Freie Kameradschaft. Ein Parteigenosse aus Schöblich in Eßmen, dessen Sohn sich am letzten Kriegsjahre als Soldat in Frankreich befand, und von dem er seit Monaten keine Nachricht mehr erhalten hatte, erhielt dieser Tage einen Brief von einem gefangenen Russen, in welchem ihm dieser über das Schicksal des Sohnes Mitteilung machte. Wie lassen den Brief folgen, denn er ist ein schöner Beweis treuer Kameradschaft und Menschlichkeit. Sicherlich hat es dem gefangenen Russen Mühe und Beschwerde genug verursacht, sich schriftlich auszudrücken. Daß er es dennoch getan hat, ist ein schöner Zug, der beweist, daß auch der „Feind“ menschlich denkt und handelt. Geschrieben den 16. November. Ich Schreibe an euch. Mein Name ist Christian Moritz aus Russland ein Kriegsgefangener ich war bei ihren Sohn in Russland ist daß nun Sohn oder Bruder er hat mit seine Adresse gegeben er war oft bei mir und wie wahren uns Gnuß bekannt unsere Meinung war wenn ein jeder in seine Heimat sein wird da wollen wir einander geschrieben und jetzt hat sich so betroffen ich bin in der Gefangenschaft in Österreich und er ist gefangen in Russland er wird dort hingerichtet in der Stat wo ich war und kam täglich zu mir ich habe in Gnuß gelitten und er hat mir gedauert und jetzt bin ich auch an die Stelle in der Gefangenschaft in bin ein Zeußer aus Russland Kriegsgefangener Lager B. 4. Wat. Josefstadt Wöbmen Christ Moritz schreibt mir.“

Feldpost.

Wehrmann Georg Müller, Referent Nagelschmidt, Reichenbach-Schneider wegen ungenügender Adresse zurückgekommen.